

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Band: 65 (1986)
Heft: 4

Artikel: Zum Parteitag der SPS in Lausanne am 21./22. Juni 1986 :
Herausforderung der SPS : Arbeit und Umwelt

Autor: Vollmer, Peter

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340360>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 19.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Herausforderung der SPS: Arbeit und Umwelt

Von Peter Vollmer, Vizepräsident der SPS

Der Parteitag der SPS vom Juni in Lausanne steht im Zeichen von «Arbeit und Umwelt». Dieses doppelte Thema ist die Herausforderung an die Sozialdemokratie der Achtziger und Neunziger Jahre. Peter Vollmer, Vizepräsident der SPS gibt dem Thema im folgenden Artikel den Rahmen und nennt die wichtigsten politischen Aktionen der SPS in diesem Zusammenhang seit 1984.

1. Gefahr erkannt!

Die Sozialdemokraten haben die Gefahren einer schonungslosen Ausbeutung der Umwelt schon frühzeitig erkannt. Da dort, wo Rücksichtslosigkeit und Geringschätzung gegenüber der Natur vorherrscht, auch die Menschen wenig geachtet sind, wurde die «ökologische Frage» ebenso wichtig, wie die «soziale Frage».

Für die Sozialdemokraten bedeutet das Ernstnehmen der Ökologie jedoch nicht Industrie- und Fortschrittsfeindlichkeit. Im Gegenteil, es gilt die neuen technologischen Möglichkeiten zu nutzen, um eine auch ökologisch vertretbare wirtschaftliche Entwicklung zu gewährleisten.

Bereits im Parteiprogramm von Lugano 1982 legten die Sozialdemokraten ein unmissverständliches Bekenntnis zu einer ökologisch orientierten Entwicklung ab:

«Die schonungslose Ausbeutung der natürlichen Umwelt und der Rohstoffe zerstört die Lebensgrundlage aller Menschen und ist eine weitere neu erkannte Form der Ausbeutung des Menschen. So, wie wir jene Ausbeutung bekämpfen, widersetzen wir uns auch dieser. Die Folgen des Wirtschaftswachstums auf die Natur und die Gesundheit der Menschen sind bekannt. Diese Kenntnis verlangt zwingend, dass wir die Eigengesetzlichkeit des Wachstums – sei sie privatkapitalistisch oder staatlich verwaltet – kontrollieren müssen.

Die Ökologie beinhaltet nicht Industriefeindlichkeit, sie steht nicht unbedingt im Gegensatz zur modernen Technologie. Die Industrie wird sich den ökologischen Erfordernissen anpassen müssen – auch in ihrem eigenen Interesse und im Interesse der Sicherung der Arbeitsplätze und des Arbeitsschutzes.

Für diese Umorientierung kämpfen wir Sozialdemokraten im Interesse der Sicherheit für Mensch und Umwelt und für die Generation nach uns. Wir wollen Ökologie und technischen Fortschritt verbinden.

Eine ökologische Ökonomie setzt auch ein neues Verhältnis zu Konsum und Lebensstil voraus. Es erfordert eine Umstellung des Verhältnisses von Arbeit und freier Zeit.

Schrankenlose Wirtschafts- und Wettbewerbsfreiheit för-

dert die Jagd nach Einzelvorteilen. Sie zerstört die Umwelt oder reserviert sie über hohe Preise für wenige Privilegierte. Die Ausrichtung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Tätigkeit auf die Verantwortung für das Überleben und den Lebensraum aller Geschöpfe hat nur in einer gemeinwirtschaftlich organisierten und solidarischen Gesellschaft Chancen.»

2. «Arbeit und Umwelt» in der sozialdemokratischen Politik

Eine glaubwürdige Politik manifestiert sich nicht nur in Grundsätzen und Programmen, ebenso wichtig bleibt immer der konkrete Leistungsausweis in Vergangenheit und Gegenwart.

Mit vielen konkreten Initiativen und Aktionen haben Sozialdemokraten seit Jahren für eine wirksamere Umweltpolitik gekämpft.

Die achtziger Jahre machen jetzt aber plötzlich deutlich, dass die, in den Jahren der Hochkonjunktur als gelöst betrachtete Frage der Vollbeschäftigung, wieder zum wichtigsten gesellschaftspolitischen Problem wird. Ohne eine die Umwelt- und Arbeitsplatzfrage neu verbindende Politik laufen wir Gefahr, dass die technologischen Neuerungen nicht nur die Zukunft der Arbeit für alle ausser acht lassen, sondern dass ebenso eine konsequente Umweltpolitik gegen Arbeitsplätze

und wirtschaftliche Prosperität ausgespielt wird.

Die Sozialdemokraten wurden in den Jahren des wirtschaftlichen Aufschwungs zunehmend von der Aufgabe befreit, eine eigene Arbeits- und Wirtschaftspolitik zu entwickeln. Der Wirtschaft, resp. den Unternehmen und dem Staat wurde die Rolle des Gewährleisters von genügend Arbeit zugeordnet. Sozialdemokratische und gewerkschaftliche Politik hatte die Arbeitnehmer vornehmlich in ihrem Arbeitsverhältnis und über staatliche Regelungen sozial abzusichern.

Geht uns die Arbeit aus?

Die Frage nach der Zukunft der Arbeit wird nach der Sicherung des Friedens unbestritten zum bedeutendsten Thema des nächsten Jahrzehnts. Noch vor wenigen Jahren hätten die meisten von uns diese Aussage als absurd angesehen, insbesondere angesichts der Vielzahl von ausländischen Arbeitskräften, die unsere Wirtschaft mithelfen aufrecht zu erhalten. Doch die heute immer schneller und weiter steigende Arbeitsproduktivität stellt die Beschäftigung für alle in Frage. Wir müssen erkennen, dass hohe Wachstumsraten – unter den bisherigen Rahmenbedingungen das wichtigste Instrument, die Produktivitätsentwicklung auszugleichen und Vollbeschäftigung zu garantieren – nicht mehr zu erreichen sind. Arbeitszeitverkürzungen, mehr Ferien, flexibles Rentenalter, mehr Aus- und Weiterbildung und eine gerechtere Verteilung der Arbeit auf alle, sind einige, jedoch längst nicht mehr ausreichende Gegenstrategien.

Die Sozialdemokraten sind darum herausgefordert, selber wieder eine Wirtschafts- und Arbeitspolitik zu entwickeln, nicht nur damit die Vollbeschäfti-

gung wiederhergestellt wird, sondern auch zur Gewährleistung einer ökologisch orientierten Wirtschaftsentwicklung.

3. Ziele einer neuen ökologisch orientierten Wirtschafts- und Arbeitsplatzpolitik

Eine ökologisch orientierte Wirtschafts- und Arbeitsplatzpolitik, die sowohl Beschäftigung für alle, wie die Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen bewirkt, wird zur Hauptaufgabe sozialdemokratischer Politik.

Nicht Arbeit oder Umweltschutz, sondern mehr Arbeit in und für eine gesunde Umwelt lautet die sozialdemokratische Perspektive für ein ökologisch orientiertes, qualitatives Wachstum. Die Beibehaltung des «*Werkplatzes Schweiz*» wie die Erhaltung und Stärkung der Rolle des Staates als Garanten der sozialen Sicherheit gehören dabei zu den mitzuverfolgenden Zielen.

Umweltschutz als defensive, reparierende, nachhinkende Aufgabe ist zwar für absehbare Zeit noch unerlässlich, doch es darf dabei nicht einfach um ein paar ökologische Verzerrungen für ein ökonomisches Konzept gehen, sondern um ein ökologisch verantwortbares Wirtschaften überhaupt. Bei einer ökologischen Erneuerung der Wirtschaft geht es nicht um eine klar abgrenzbare Reformaufgabe, sondern darum, in allen Bereichen die ökologische Dimension einzubringen, von der Agrarpolitik bis zur Verkehrspolitik, von der Technologiepolitik bis zur Energieversorgung.

Aktionsfeld der Sozialdemokraten

Angesichts der zunehmenden Bedrohung unserer Umwelt und im Wissen, dass unterlassener Umweltschutz nicht nur für

die ganze Wirtschaft und die Steuerzahler längerfristig teuer zu stehen kommt, sondern zunehmend auch Arbeitsplätze gefährdet, vertreten die Sozialdemokraten ihre konkrete «*Arbeit und Umwelt-Politik*»:

- ein ökologisch orientiertes Wirtschaften zur Wiederherstellung und Sicherung einer intakten Umwelt;
 - die Wiederherstellung der Vollbeschäftigung und die Erhaltung des Werkplatzes Schweiz durch Umlagerungen und Investitionen in umweltfreundliche und beschäftigungswirksame Wirtschaftssektoren;
 - die Erhaltung und Stärkung der Rolle des Staates zur Durchsetzung der Umweltvorschriften und als Garant der sozialen Sicherheit.
- Für die Berichtsjahre 1984/1985 seien folgende, markanteste Beispiele der SPS-Politik im Bereich von Arbeit und Umwelt hervorgehoben:
- Einsatz der SPS für die Atom- und Energieinitiativen. (September 1984)
 - Aktionsprogramm zur Förderung des öffentlichen Verkehrs am Parteitag 1984 in St. Gallen (November 1984)
 - Initiative für die Einberufung der «*Waldsession*» der eidg. Räte (Februar 1985)
 - SPS-Vorschlag für die allgemeine Einführung der «*Halben Taxe*» für den öffentlichen Verkehr (März 1985)
 - SPS-Fachtagung «*Neue Technologien*» in Neuenburg (Juni 1985)
 - SP-Frauenkonferenz 1985 zum Thema «*Neue Technologien*»
 - Anregungen für das Förderungsprogramm «*öffentlichen Verkehr*» der Regierungsparteien (Herbst 1985)
 - Herausgabe des SPS-Handbuches «*Umwelt-, Energie- und Verkehrspolitik in der Gemeinde*» (September 1985)